

Vorarbeiten für die Saalequerung laufen

Der Stadtrat bringt einen neuen Bebauungsplan auf den Weg. Die Beantwortung der Stellungnahmen von Betroffenen ist so umfangreich wie nie zuvor. Doch es gibt Förder-Ärger.

Von Christoph Plass

Hof – Der Hofer Stadtrat hat am Montag, wie berichtet, einen weiteren Schritt hin zur neuen Saalequerung zwischen Alsenberg und Wartturmweg getan. Mit den Gegenstimmen von Christine Schoerner, parteifrei, und Thomas Etzel, Die Linke, änderte das Gremium den geltenden Flächennutzungsplan und stellte einen neuen Bebauungsplan auf. Hauptanteil jenes Verfahrensschrittes bestand aus der Sichtung, Gewichtung und Behandlung von Stellungnahmen, die von Behörden und von den Hofern selbst eingegangen waren. So herrschte im Stadtrat große Einigkeit darüber, dass die Verwaltung in ihren Planungen in bisher nie dagewesenem Umfang auf jene Anregungen eingegangen ist.

40 Seiten umfassen die behördlichen Stellungnahmen – von den Auswirkungen der Brücke auf die Haselmaus bis zu den wasserrechtlichen

Auswirkungen. Weitere 30 Seiten Umfang haben die schriftlichen Stellungnahmen von Hofern, die im Bereich Wartturmweg oder Alsenberg leben – versehen jeweils mit den Einschätzungen der Stadtverwaltung. Inklusiv der Karten für den Brücken- und Straßenverlauf selbst sowie für die Ausgleichsflächen (direkt nahe der Ascher Straße sowie am Kornhausweg) und der Beschreibung des Vorhabens, machen die Dokumente, die dem Beschluss zugrunde liegen, gut 100 Seiten aus. „Das ist enorm, das gab es in meinen Augen noch nie in diesem Umfang. Das zeigt uns, wie kompliziert Baurecht ist, und wie interessiert die Hofer sind“, ordnete SPD-Stadtrat Rainer Kellner die Vorlage ein. Einige wichtige Punkte des Projekts:

Das Bauwerk: Die Saalequerung soll den Alsenberg mit dem Wartturmweg verbinden. Eine 190 Meter lange Brücke aus Beton soll dazu den gesamten Bereich der Saale überspannen – getragen von Stützen in 19 bis 33 Metern Abstand. Fünf bis sieben Meter über dem Untergrund sollen Verkehrsteilnehmer dann die Saale überqueren können, und zwar auf jeweils einer Fahrbahn pro Richtung oder auf einem drei Meter breiten Geh- und Radweg. Die Höhe der Brücke und ihrer Bauteile wurde unter anderem nach dem Hundertjähri-

gen Hochwasser bemessen – plus 15 Prozent Klimazuschlag.

Verkehrsaufkommen: Ein Gutachten hat eine Bestandsaufnahme und eine Verkehrsprognose für 2030 erstellt. Das gilt für die Brücke selbst sowie – das ist ungewöhnlich, recht-



„Da müssen Sie noch einmal zur Regierungspräsidentin, Herr Oberbürgermeister!“
Rainer Kellner, SPD



„Diese Entscheidung passt nicht in dieses Jahrhundert!“
Gudrun Bruns, FAB

lich nicht nötig und daher bewusst so von der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben – für die angrenzenden Gebiete. Einige der Erkenntnisse:

Das Verkehrsaufkommen im Wartturmweg (mit Tempo 30 und Tonnagebeschränkung auf 7,5 Tonnen) wird von heute 4900 auf dann 10 600

Fahrzeuge pro 24 Stunden steigen. Die Brücke selbst werden im Jahr 2030 8500 Fahrzeuge pro Tag nutzen, 250 davon als Schwerlastverkehr. Um Letzteren nicht mehr über den Wartturmweg abzuleiten, hat die Stadt besagte Geschwindigkeits- und Tonnagebeschränkung erlassen.

Das hat allerdings einen gewichtigen Nachteil.

Keine Förderung: Die Saalequerung ist bekanntlich als Lückenschluss für den Hofer Innenstadtring gedacht. Jener soll die inneren Bezirke der Stadt vom hohen Verkehrsaufkommen entlasten. Daher hält es die Regierung von Oberfranken für nicht zweckdienlich, einen Teil jenes Rings dem Schwerlastverkehr gar nicht zur Verfügung zu stellen und auch noch für alle ein Tempolimit einzuführen. So teilte sie der Stadtverwaltung mit, dass das Projekt daher grundsätzlich nicht förderfähig sei. Das brachte am Montagabend die Stadträte auf die Palme.

Die Stadträte: „Ich bin stark verärgert und sprachlos, dass es keine Förderung gibt“, monierte Jochen Ulschöfer, CSU. Da lobte der eine Sachbearbeiter bei der Regierung die Stadt

für ihre umfangreichen Maßnahmen in Sachen Umwelt und Anwohnerschutz, und der nächste Sachbearbeiter ein Zimmer weiter streiche genau deswegen die Förderung. Auch Rainer Kellner, SPD, nannte die Entscheidung aus Bayreuth „unmöglich“. Er bat den Oberbürgermeister, diese Fehlentscheidung nochmals der Regierungspräsidentin vorzutragen. Gudrun Bruns, FAB, fand noch deutlichere Worte: „Diese Entscheidung passt nicht in dieses Jahrhundert!“ Da müsse sich in der Denke der Staatsregierung grundlegend etwas ändern.

Dr. Klaus Schrader, Grüne, nannte noch einmal das grundsätzliche Problem daran – dass nämlich der Generalverkehrsplan, auf dem die Planungen beruhen, den Wartturmweg als Hauptverkehrsstraße ausweist. So schloss sich SPD-Rat Reinhard Meringer mit seiner wiederholt vorgebrachten Forderung an, dass besagter Plan endlich fortgeschrieben werden müsse. Stadtdirektor Franz Pischel betonte, dass die Verwaltung jene Fortschreibung erst angehen könne, wenn sie denn einen Auftrag vom Stadtrat erhalte. „Zudem bringen Sie, sehr geehrte Stadträte, gerade einen wesentlichen Punkt aus dem Plan auf den Weg.“ OB Dr. Harald Fichtner versprach, die Fördersituation mit der Regierung weiter zu verfolgen.